

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
zu jeder Woche eine Beilage.
Sommer- und Winterfahrplan je nach Jahreszeiten.
Wochensender um die Jahreswende.
Geschäftsstelle: Büdingstraße 11.

Redaktion, Druck und Verlag von Fritz Wagner

in Firma Schäfers Verlag und Buchdruckerei in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigen-Aannahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis: 2 Mark 70 Pf.
vierteljährlich ohne Postgebühren.
Einsparungsgebühr 25 Pf.
die Geschäftsbesorgung über dem Namen.
Reklamen die 10 mm breite Zeile 50 Pf.
haben mit nur bei Wiederholungen gewährt.
Jahrespreis 28.-

Nummer 288

Limburg, Donnerstag, den 12. Dezember 1918

81. Jahrgang

Bekanntmachung.

Berlin, 10. Dez. Die in verschiedenen Gegenden des preussischen Staates gemachten Versuche, Teile von Preussen loszutrennen oder in Preussen eigenmächtige obrigkeitliche Verfügungen auszuführen, geben und Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß solche Bestrebungen das Gemeinwohl gefährden. Deshalb müssen diese mit allem zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden. Dies gilt auch besonders für diejenigen gewichtsprechigen Landesstellen Preussens, über deren staatliche Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag die Bestimmung getroffen wird. Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preussens durch die Nationalversammlung entschieden werden. Sämtliche preussischen Behörden werden angewiesen, sich nach diesen Vorschriften unmissverständlich zu richten. Allen dem zuwiderlaufenden Eingriffen ist unmissverständlich entgegenzutreten. Auch erwarren wir in jedem einzelnen Falle sofortige telegraphische Anzeige.

Die preussische Regierung

gez. Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolph Hoffmann, Rosenfeld

Ein deutscher Protest gegen die Verschärfung der Blockade.

Berlin, 10. Dez. (W.L.B. Amtlich) Die deutsche Regierung sandte den gegnerischen Regierungen auf dem diplomatischen Wege folgende Note:

Marschall Foch ließ am 6. Dezember der Waffenstillstandskommission die Entscheidung zugehen, wonach der Lebensmittelverkehr und der gesamte Verkehr der geräumten linksrheinischen Gebiete mit der neutralen Zone und dadurch mit den übrigen Teilen Deutschlands unterbunden wird, da die Aufrechterhaltung der Blockade in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen sei. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Anordnung den schärfsten Protest zu erheben, weil diese einseitige Entscheidung mit dem klaren Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens in unüberwindlichem Widerspruch steht. Die angeklagte und teilweise schon durchgeführte Maßgabe gibt der bisherigen Blockade eine Ausdehnung auf die Sperrmaßnahmen zu Lande, die mit dem Willen der Blockade in Widerspruch steht und allen Völkern seit den Zeiten der englischen Kontinentalsperrung gegen Frankreich fremd ist. Die angeführten Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens über die Blockade finden sich daher auch sinngemäß in dem Abschnitt „clausules navales“ und fordern nur die Aufrechterhaltung der Blockade im gegenwärtigen Umfang. In der getroffenen Entscheidung liegt jedoch eine ganz erhebliche Verschärfung und Ausdehnung der Blockade, unter welcher die deutsche Frauen- und Kinderwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet. Diese ist auf die Zufuhr von Milch und anderen unentbehrlichen, rasch verderblichen Lebensmitteln aus den geräumten Gebieten um so mehr angewiesen, als das deutsche Volk die Versorgung von Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erwähnten Blockadebestimmungen des Waffenstillstands in Aussicht gestellt ist, überhaupt noch nicht erhalten hat.

Diese Entscheidung verleiht weiter die Vorschrift des letzten Absatzes des Artikels 4 des Waffenstillstandsabkommens, wonach keine allgemeinen staatlichen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Personals zur Folge hätten. Durch die verfügte Unterbindung des Verkehrs wird die absolute notwendige gegenseitige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren Entwertung eintreten muß. Die Produktionsunmöglichkeit zwingt wiederum zur Verringerung des Personals, und Arbeitslosigkeit und neues Elend in den willkürlich abgetrennten urdeutschen Gebieten sind die unabwendbaren Folgen.

Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu regeln, daß unbeschadet des Ausschließungsrechtes der Alliierten eine vollständige Verkehrsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

gez. E. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Wohin steuern wir?

Das Massenaufgebot, das die drei sozialdemokratischen Richtungen in Berlin am Sonntag veranstalteten, hat leider eine Klärung der Lage nicht gebracht. Gerüchte von Plänen der Gegenrevolutionäre auf der einen, fanatische Seheerheit der Spartakusgruppe auf der anderen Seite bilden das Charakteristikum eines völlig unhaltbaren Zustandes. Es kann nur dem demokratischen Standpunkt aus nur jeden Tag erneut werden, daß nur sofortiges, energisches Durchgreifen der Regierung die Lage für Deutschland überhaupt noch retten kann. Ausführungen von Ebert und Scheidemann müßten die Hoffnung aufkommen lassen, daß die Regierung

endlich entschlossen ist, nicht mehr mit verchränkten Armen zuzusehen, wie wir rettungslos in das Chaos hineinstürzen. Warum aber, so darf man fragen, wird dann immer und immer wieder noch mit durchgreifenden Maßnahmen gewartet? Warum schreibt man nicht mit größter Beschleunigung die Wahlen für die Nationalversammlung aus? Warum gestattet man den geradezu standalösen Zustand, daß die Spartakusleute Waffen in den Berliner Straßen „verschütten“, wenn man entschlossen ist, um jeden Preis Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten? Herr Scheidemann hat erklärt, daß er für seine Person den in Berlin herrschenden Zustand keine acht Tage mehr mitmachen werde. Uns will scheinen, daß unter Umständen schon ein Tag genügen kann, uns in das größte Unglück zu stürzen.

Wilson wird für seine 14 Punkte eintreten.

Basel, 10. Dez. Wie die „Daily Mail“ aus New York berichtet, hat die Vereinigte Presse bald nach Abfahrt des Präsidenten Wilson folgende nichtamtliche Botschaft an die amerikanischen Zeitungen versandt: Der Präsident reist nach Europa, um für die amerikanischen Ideale einzutreten und um im wahren Sinne für seine vierzehn Punkte zu kämpfen. Der Präsident wird am Friedensstisch auf der Freiheit der See und der allgemeinen Abrüstung bestehen. Wenn er das Dreijahresmarinprogramm der Vereinigten Staaten unterjährt, so meint er damit, daß keine Nation eine Ueberlegenheit zur See haben darf. Die Meere, so meint er, sollen von der ganzen Welt bewacht werden.

Die Friedenskonferenz.

Lugano, 10. Dez. Nach einer vom Dampfer „Georg Washington“ kommenden drahtlosen Meldung hat Wilson gegenüber dem mit ihm reisenden französischen Botschafter Jusserand geäußert, er wolle der Friedenskonferenz beiwohnen, um persönlich seine vierzehn Punkte, die dem Friedensprogramm zur Grundlage dienen sollen, zu entwickeln.

Nach einer Pariser Meldung des „Corriere della Sera“ treten die Verbündeten in der zweiten Dezemberhälfte nochmals zu einer Vorerberatung über die Friedensbedingungen in Paris zusammen. Die eigentlichen Friedenskonferenzen beginnen dann im Januar, und zwar wollen die Verbündeten zunächst unter sich die Bedingungen aufsehen und sie erst dann den feindlichen Vertretern vorlegen.

Basel, 10. Dez. Nach einem Pariser Havasbericht der Neuen Korrespondenz wird der „Times“ aus Washington gemeldet, daß die Diskussion der 14 Punkte der Botschaft Wilsons vom 8. Januar im amerikanischen Senat durchaus nicht den Eindruck erwecken sollte, daß nicht die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter Wilson stehe. Die Presse versichere Wilson einmütig, daß er während seines Aufenthaltes in Frankreich die volle Unterstützung der ganzen amerikanischen Nation haben werde, und selbst die Häupter der Opposition hätten in dieser Beziehung interessante Erklärungen abgegeben; die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Senats habe sich einstimmig gegen die Absendung einer Senatsdelegation nach Paris ausgesprochen.

Die Tagung der S.-Mäts in Bad Nauheim.

Bad Nauheim, 11. Dez. (W.L.B.) Heute vormittag hielten etwa 300 Angehörige der Soldatenräte des 18. Armeekorps in der hiesigen Turnhalle eine Versammlung ab. Den Vorsitz führte der Vertrauensmann des 18. Armeekorps, Sergeant Krenner, Redakteur Altmeier sprach über die innere und äußere Lage der deutschen Republik. Hauptmann Müller gab Richtlinien für die Soldatenräte. Oberleutnant Stendebach hielt einen Vortrag über Demobilisationsfragen. Nach dem Vortrag des Redakteurs Altmeier wurde folgende Entschließung gegen zwei Stimmen angenommen: „Die heute in Bad Nauheim tagende Räteversammlung der Truppen des Bereichs des 18. Armeekorps bekennt sich zu der Regierung Ebert-Haase und fordert die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung zur Sicherung und zum Aufbau der Republik. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das unverantwortliche Treiben der Spartakusleute und verlangt von der Regierung, daß sie hier sofort mit allen Mitteln ein Ende mache. Als ebenso selbstverständlich muß jeder Versuch gegen die Revolution, der von rechts gemacht wird, aufs schärfste bekämpft werden.“

Rein Verhandeln des Verbandes mit dem A. und S.-Mäts.

Köln, 10. Dez. Wie die „Köln. Zeitung“ erfährt, beschäftigt sich die Meldung, daß der Verband die Auflösung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte fordern wird. Die dahingehende Note des Verbandes steht unmittelbar bevor.

Die bayerische Gesandtschaft in der Schweiz hat bereits eine entsprechende Erklärung seitens der Verbandsvertreter erhalten. Der Verband lehnt nicht nur jede Verhandlung mit den A. und S.-Mäts ab, sondern auch jede endgültige Regelung mit der gegenwärtigen Regierung, die er als eine einseitige sozialistische Regierung nicht als legitimiert erachtet, um im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Die Entente und die A. und S.-Mäts in der neutralen Zone.

Frankfurt a. M., 11. Dez. (W.L.B. Amtlich) Die in verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, daß die Entente die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte auch in der neutralen Zone gefordert habe, ist vollkommen unrichtig. Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die Verbreitung solcher Nachrichten. Der Arbeiterrat hält hier wie in anderen Städten seine Tätigkeit nach wie vor aufrecht. Wir bedauern auf das lebhafteste, daß solche Nachrichten verbreitet worden sind, nur in der Absicht, die Einrichtung der revolutionären Bewegung zu diskreditieren. Die falsche Meldung ist offenbar zurückzuführen auf eine Mitteilung des Armeehauptquartiers vom 9. Dezember 1918: „Die Entente hat sich das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten. Arbeiter- und Soldatenräte werden von ihr nicht geduldet, sie sind daher in der neutralen Zone aufzulösen. Mitglieder von Arbeiter- und Soldatenräten, die von der Entente in der neutralen Zone getroffen werden, müssen gewärtig sein, von der Entente verhaftet zu werden.“ Der Arbeiterrat hat sofort Schritte unternommen, daß die Unrichtigkeit dieser Mitteilung festgestellt wird. Es ist vollkommen unwahr, daß nach den Waffenstillstandsbedingungen die Entente einen Eingriff in die innerpolitischen Einrichtungen der neutralen Zone sich vorbehalten hat. Die Auflösung der Arbeiterräte in der neutralen Zone ist keine Forderung des Feindes, sondern ein Wunsch gegenrevolutionärer Kräfte in unserem Lande. Zu diesem Zwecke werden dem Feinde Forderungen angedichtet, die er niemals aufgestellt hat.

Frankfurt a. M., den 11. Dezember 1918.

Der Arbeiterrat.

Die englische Regierung für die Aufhebung der Dienstpflcht.

London, 10. Dez. (W.L.B.) Reuter meldet: Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit dem endgültigen Verlangen zur Friedenskonferenz gehen wird, dort die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen. — Hierdurch wird die kürzlich veröffentlichte private Mitteilung Churchills bestätigt. Der Entschließung der englischen Regierung kommt eine große prinzipielle Bedeutung ganz gewiß zu.

Eine Friedenskonferenz der internationalen Arbeiterkass.

Basel, 10. Dez. Nach einem Bericht des Washingtoner Korrespondenten der „Times“ fählt sich der amerikanische Gewerkschaftsbund vorerst ebenso verkehrt wie der Senat dadurch, daß er bei der Auswahl der Delegierten zum Friedenskongress übergangen wurde. Daher hat Compers beschloßen, an seinem alten Plan festzuhalten, der darin besteht, daß die internationale Arbeiterkass zur gleichen Zeit wie die Regierungsvertreter eine Friedenskonferenz abhält. Compers wird selbst an die Spitze der amerikanischen Arbeiterdelegation treten. Als sein Friedensprogramm hat er folgenden bekannt gegeben:

1. Der Bund der freien Völker steht unter der gemeinsamen Verpflichtung einträchtiger und praktischer Zusammenarbeit, um Gerechtigkeit und dadurch Frieden in den Beziehungen der Nationen herbeizuführen.
2. Keine politischen und wirtschaftlichen Einschränkungen, die lediglich Vorteile für gewisse Nationen bedeuten und andere verkrampfen und knebeln.
3. Keine Repressalien zu rachsüchtigen Zwecken oder mit dem Vorbedacht, Schaden zuzufügen, sondern vielmehr Richtigstellung offenkundigen Unrechts.
4. Anerkennung der Rechte kleiner Nationen und des Grundsatzes, daß kein Volk unter eine Herrschaft gezwungen werden kann, unter der es nicht zu leben wünscht.
5. Keine Gebietsveränderungen oder Machtgleichnisse außer zur Förderung des Weltfriedens.

Der Einzug der Garde in Berlin.

Berlin, 10. Dez. Ein trüber Wintertag, in seinem Strahlen riefelt der Regen, in den Zweigen des Tiergartens und der Linden schwimmen Nebelflehen, doch ist trotz des schlechten Wetters fast ganz Berlin auf den Beinen. Ein Teil der Garde, die Garde-Kavalleriedivision, hält heute ihren Einzug in die Reichshauptstadt. Unübersehbar Menschenmassen säumen die Straßen, die die einziehenden Truppen passieren. Auf einem der großen Plätze des Westens haben

sich die Regimenter, die in den letzten Tagen zwischen Potsdam und Spandau zusammengezogen worden waren, versammelt. Kurz nach 11 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Eine Maschinengewehrkompanie der Gardehülsen eröffnete den Zug. Ihre Offiziere hoch zu Koh, der Stab der Division, dahinter ein Bundesbataillon, gebildet aus Abteilungen der vier größten Bundesstaaten, Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, und dann in endloser Folge Kavallerieregimenter der Division, Jäger, Artillerie, Dragoner und Husaren. Mit grünen Lannereisen, mit Flaggen und Fähnchen in den Farben aller Bundesstaaten sind die Gewehre und Fahrzeuge geschmückt und in buntem Flaggenschmuck prangen die Strahlen, durch die der Zug geht. Stürmischer Jubel bräut den Truppen entgegen, und bald löst sich die straffe militärische Ordnung. Angehörige, Frauen und Kinder, drängen sich zwischen die Reihen und marschieren am Arm ihrer Brüder und Männer. Kinder erlitten die Fahrzeuge, die Geschütze und Maschinengewehre, schwingen sich auf die Pferde und ziehen mit dem Brandenburger Tor und den Linden zu. Immer lauter und stürmischer wird der Jubel, dessen Abglanz sich auf den Gesichtern der einziehenden Soldaten spiegelt. Nur in den Stützgeraden eaus gerichteten Blicken der Offiziere kommt die ganze Tragik dieses Einzuges zum Ausdruck. Undesiegt, aber doch anders, als so viele es sich ausgemalt hatten, lehrten sie aus den Schlächten und Entbehrungen des Krieges in die Heimat zurück. Auf dem Pariser Platz findet die Begrüßung durch die Regierung, den Volksgesundheitsrat und die städtischen Behörden statt. Ebert im Namen der Volksbeauftragten und Oberbürgermeister Wermuth im Namen der Stadt Berlin, heißen Offiziere und Mannschaften willkommen.

Berlin, 10. Dez. (W.L.B.) Volksbeauftragter Ebert richtete am Brandenburger Tor an die einziehenden Gardetruppen folgende Ansprache:

Kameraden! Seid willkommen in der deutschen Republik herzlich willkommen in der Heimat, die sich lange nach Euch gesehnt und deren bange Sorge Euch kühnig umschmeichelt hat. In diesem Augenblick, da wir Euch am heimatischen Herd begrüßen, gilt unser erster Gedanke den teuren Toten. Ah, so viele kehren nimmer wieder, Hunderttausende ruhen in Feindesland in stillen Gräbern. Andere Hunderttausende mußten vor dem Ende des Kampfes zurückkehren, zerstückt und verkrüppelt von den feindlichen Geschossen. Ihnen allen, die sich für den Schutz der Heimat aufgeopfert haben, gebührt unser unaussprechlicher Dank. Wir können ihren Opfermut nicht vergelten. Bloße Worte sind zu schwach, ihnen zu danken. Was wir ihnen an Taten der Dankbarkeit darbringen können, das wollen wir ihnen in Treue leisten. Der Verbesserung des Loses der Kriegshinterbliebenen und Kriegsinvaliden galt des neuen deutschen Volksstaates erste Verfügung. Ihr seid dem gräßlichen Gemetzel entronnen. Trotz begrüßen wir Euch in der Heimat. Seid willkommen von ganzem Herzen. Kameraden, Genossen, Bürger! Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden. Erst als die Uebermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf ausgegeben, und getreu Eurem Heldennut gegenüber war es eine Pflicht, nicht noch zweifelhafte Opfer von Euch zu fordern. Allen Schreden habt Ihr mannhaft widerstanden — Mannschaften und Führer —, sei es an den Kreideseilen der Champagne, in den Sumpfen Flanderns oder auf den elbischen Bergtügen, sei es im unwirtlichen Rußland oder im heißen Süden. Unendliche Leiden habt Ihr erduldet und unvergänglich, fast übermenschliche Taten vollbracht sowie unvergleichlich Proben Eures unergleichlichen Mutes Jahr um Jahr abgelegt. Ihr habt die Heimat vor dem feindlichen Einfall geschützt. Ihr habt von Euren Frauen, Euren Kindern und Euren Eltern den Mord und den Brand des Krieges ferngehalten, sowie Deutschlands Fluren und Werkstätten vor der Verwüstung und Zerstörung bewahrt. Dafür dankt Euch die Heimat in überströmendem Gefühl. Erhöbeten Hauptes dürft Ihr zurückkehren. Nie haben Menschen Größeres geleistet und gelitten als Ihr. Namens des deutschen Volkes sage ich Euch tiefinnigen Dank! Noch einmal einen herzlichen Willkommengruß in der Heimat! Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden, die deutsche Freiheit ist erstanden. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unseren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt und sich selbst zum Herrn über seine eigene Geschichte gemacht. Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Zukunft. Niemand hat schwerer als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gelitten. An Euch

dachten wir, als wir mit dem verhängnisvollen alten System aufbrachen, für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit Ihr Recht errungen. Nicht mit reichen Gehältern können wir Euch empfangen, nicht Behaglichkeit und Wohlstand Euch bieten; unser unglückliches Land ist arm geworden, schwer lastet auf uns der Druck harter Gebote der Sieger. Aber aus dem Zusammenbruch wollen wir ein neues Deutschland zimmern mit der rüstigen Kraft und dem unerschütterlichen Mut, den Ihr tausendfach bewährt. Wetteifernd standen Angehörige aller deutschen Stämme draußen im Kampf, Angehörige aller deutschen Stämme stehen vor uns; Schulter an Schulter habt Ihr gemeinsam gerungen, geopfert und geblüht, Not und Tod ins Auge geschaut. Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand. Sorget Ihr dafür, daß Deutschland beieinander bleibt, daß nicht das alte Kleinstaateneid uns wieder überrennt, daß nicht die alte Zerrissenheit unsere Niederlage vervollständigt. Rettet Ihr die Einheit der deutschen Nation, die Ihr nun Bürger werdet der einen, der untrennbaren deutschen Republik. Und dann geht mit uns an den Wiederaufbau des zerstörten. Ist, wenn Ihr draußen Eurem graulichen Handwerk obliegen müßt, zog Euch die Sehnsucht nach der friedlichen Arbeitstätte zurück, zum Kulturwert dabei. Die sozialistische Republik, die Euch durch mich grüßt, wird ein Gemeinwesen der Arbeit sein. Arbeit ist die Religion des Sozialismus, arbeiten müssen wir mit aller Kraft, mit ganzer Hingabe, sollen wir nicht zugrunde gehen und verkommen, sollen wir nicht zum Bettelvolk herabsinken. Ein Reich der Zerstörung habt Ihr verlassen. Die Pforte neuen Schaffens tut sich vor Euch auf. Eure Tatkraft, Euer Mut, die draußen nie erlähmen, müssen uns zu neuem Friedensglück führen. Bald schlägt die ersehnte Stunde des Friedens, bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern durch den unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes. Ihr legt die Waffen aus der Hand, die, getragen von den Söhnen des Volkes, dem Volke nie Gefahr, sondern stets nur Schutz sein sollten. Ihr sollt mitschaffen an dem großen Werk der neuen deutschen Zukunft — der Zukunft unseres Volkes, dessen Glück und Ehre fleißige Hände erbauen müssen von Grund auf. — Und so laßt mich Eure Treue zur Heimat, die uns allen gemeinsame Liebe zur Einheit Deutschlands, unsern Stolz auf die Freiheit und die große unteilbare deutsche Republik zusammenfließen in den Ruf: „Unser deutsches Vaterland, die deutsche Freiheit, der freie Volksstaat Deutschland, sie leben hoch!“

Wie es in Russland wirklich aussieht

Ein bekannter Berliner Sozialdemokrat erhielt auf Umwegen von einem russischen Freunde in diesen Tagen den folgenden Brief:

Teurer und verehrter Genosse!

Dieser Brief ist ein Schrei aus der tiefsten Not. In der höchsten Pein rufe ich Sie um Hilfe an und wenn Sie mir verweigern wird, so bin ich mit meiner ganzen Familie dem sicheren Untergang verfallen. Sie entsinnen sich gewiß noch, mit welchem Jubel und mit wie großen Hoffnungen wir vor zehn Monaten nach der Heimat abreisten. Wie stolz war ich damals auf Rußland, das den anderen Völkern mit dem Beispiel voranging, das blutige Kriegsjoch von sich löste und das gemetzelte Arbeitervolk aus den Fesseln des Kapitalismus befreite. Endlich sah ich den Traum meines Lebens in Erfüllung gehen; ich war glücklich, den Triumph der sozialistischen Idee erleben zu dürfen und die Morgenröte eines besseren glücklicheren Daseins über dem ganzen Menschengeschlechte erstrahlen zu sehen.

Mit welchen Gefühlen kam ich nach Petrograd! (Petersburg)! Und wie sind alle meine Hoffnungen gleich einer Seifenblase zerplatzt und zertrümmert. Heute habe ich keinen anderen Wunsch, als dieses Land so schnell wie möglich zu verlassen.

Helfen Sie mir, aus dieser Hölle herauszukommen und verschaffen Sie mir um jeden Preis eine Empfehlung an den hiesigen schwedischen Konsul, daß er mir und meiner Familie den Auslandspaß visiere, denn ohne diesen werden wir nach Schweden nicht hereingelassen. Ich weiß, daß es Ihnen bei Ihren Beziehungen ein leichtes sein wird, mir eine solche Empfehlung zu erwirken. Aber ver-

lieren Sie keinen Augenblick, denn das Leben ist hier unerträglich. Es fehlen mir die Worte, um das Elend und die Not, die hier herrschen, zu schildern. Der Hunger zehrt an den Erwachsenen und richtet Kinder und Greise zugrunde. Mütter töten ihre Kinder aus Verzweiflung, daß sie sie nicht mehr ernähren können. Die Zahl der Verhungerten und Obdachlosen wächst von Tag zu Tag. Alles bestellt auf den Straßen um ein Stück Brot — werden doch für ein Pfund Brot bis zu achtzig Rubel gefordert. Alles ist verrotten; alle Fabriken stehen still, schon weil Kohlenförderung und Kohlenzufuhr fast völlig aufgehört haben. Eine Sicherheit gibt es überhaupt nicht mehr, man ist dem schlimmsten Elend und der größten Willkür ausgeliefert.

All dieses Unglück kann nicht allein die Folge des Krieges sein. Die extreme rückwärtslose Politik der Sowjetregierung hat vielmehr auch ihr Teil schuld daran. Mit fieberhaftem Eifer ist sie daran gegangen, die alte gesellschaftliche Ordnung zu stürzen, die Diktatur des Proletariats aufzurichten, die kapitalistischen Unternehmungen zu verstaatlichen und den Privatbesitz zu enteignen. Doch sie hat ihre Kraft nur im Zerschneiden und Zertrümmern beharrt, nicht in der Schaffung neuer Werte und Ordnungen. Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe sind lahmgelegt; die Arbeitslosigkeit wird von Tag zu Tag größer, ja, die wenigen noch beschäftigten Arbeiter müssen trotz der künstlich in die Höhe geschraubten Löhne darben, weil die Leuerung immer noch rascher wächst, als die stärkste Lohnerhöhung. Die angeblich von sozialistischen Ideen durchdrungenen Soldaten der Roten Garde sind völlig korumpiert. Gemeine Genußsucht und Vandalismus greifen bedrohlich um sich. Die Unduldsamkeit der Sowjetregierung ist beispiellos, und wer nicht restlos mit ihr übereinstimmt, ist einer Tyrannei ausgeliefert, wie sie noch kein Nero ausgeübt hat. Der neueste Trick der Bolschewiki besteht darin, daß sie Mütter mit Säuglingen als Geiseln festnehmen, damit die Väter sich ihnen stellen müssen. Nein, mit dem Sozialismus, den wir zusammen studiert haben und für den wir beide in Begeisterung glühten, hat diese Wirtschaft hier nicht mehr das mindeste zu tun.

Doch genug von unserm Elend. Ich bitte Sie nochmals inständig, sich meiner zu erbarmen. Denken Sie daran, daß jeder Tag hier eine neue Qual und Marter ist. In sehnsuchtsvoller Erwartung ihrer Hilfe bleibe ich mit den besten Grüßen

Die „Deutsche Warte“, der wir vorstehendes entnehmen, fügt diesem noch sehr treffend an: „Es ist ein Sozialdemokrat, der dieses Urteil fällt. Und dieses Sowjetrußland stellen Lieblichkeit und seine Spartakusleute den Berliner Arbeitern täglich als erstrebenswertes Ziel vor Augen!“

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 12. Dezember 1918

a. Weihnachten in Sicht. Der Baum, der „nicht nur zur Sommerzeit“, sondern auch im Winter, wenn es schneit, grünt, der Christbaum, ist wieder auf dem Markt erschienen. In seinem Schmuck und Lichterglanz wird er auch an den nahe bevorstehenden Weihnachten das Symbol der deutschen Familie sein, als Vorzeichen des ersehnten Friedens auf Erden! Hoffentlich ist es auch unsern, jetzt noch den auf dem Marsch befindlichen Frontsoldaten vergönnt, das Weihnachtsfest bei den Lieben daheim zu feiern!

b. Zum Weihnachts-Geschäftsverkehr. Die Bezugscheinpflicht ist aufgehoben für: Strampfer, Socken und Stutzen, Kopfschüler, Brausauger, Knieanker, Leibbinder, Halsbinder, gestricke Schals, Pulswärmer, Schwiiger (Schwäger) jeder Art, gestricke, gewirke oder goldgestickte Damenwäcker, gewirke Korsettchen und Umvertaillen (Trickhemden und Jacken sind bezugscheinpflichtig), Brusthalter, Hüftenformer, Wiesergürtel, Grabschalter und ähnliche Gegenstände, Matragen, fertiggewirkte Julets, abgepackte Kopfschüler, Schals und Umhlangschüler, Kufe- und Schlafdecken, Decken für Tiere.

c. Das Bezirkskommando Limburg (Lahn) ist mit dem 9. Dezember 1918 aufgelöst worden. Der bisherige Dienstbetrieb wird durch das im gleichen Gebäude befindliche Kontrollamt Limburg weiter geführt. Alle An- und Abmeldungen innerhalb der Kreise Limburg, Oberlahn, Westerburg und Oberwesterwald sind daher nicht mehr an

Das stolze Schweigen.

Roman von S. Courths-Mahler.

60)

(Nachdruck verboten.)

„Ich genieße den Vorzug, das gnädige Fräulein bereits zu kennen.“

Ruth konnte sich nicht so schnell fassen. Sie hätte laut aufweinen mögen. Die kalten, harten Augen des Mannes, dem ihre junge Seele noch immer gehörte, trankten und beleidigten sie namenlos. Mühsam rang sie um Fassung.

„Ah — die Herrschaften kennen sich schon?“

Ruth neigte nur das Haupt. Sprechen konnte sie nicht. Ihr war, als gefriere das Blut in ihren Adern. Unter Hans von Rainsbergs Älste und Reserve tat ihr das Herz weh.

Aber der Stolz half ihr endlich, sich zu beherrschen. Auch sie richtete sich nun hoch empor und zwang einen kühlen, ruhigen Ausdruck in ihr erblautes Gesicht.

Zum Glück trat jetzt Professor Schwarzenburg an sie heran.

„Mein gnädiges Fräulein, — ich bin freudig erlauft, Sie so unerwartet wiederzusehen. Von meinen Töchtern habe ich wohl gehört, daß Sie den Flug ins Weite unternommen haben, aber wir wußten nicht, wohin Sie Ihre Schritte gelenkt hatten.“

Ruth zwang ein Lächeln in ihr Gesicht.

„Mich Eund hat mich als „Gesellschafterin engagiert, Herr Professor, und ich befinde mich schon seit Wochen hier im Hause.“

„Mich Grace schob liebenswürdig vertraulich ihre Hand in Ruths Arm.“

„Oh, Sie kennen auch Fräulein Ruth, Herr Professor? Ich habe sie mir selbst geholt aus ihr Vaterstadt. Das hat mich gut gefallen. Fräulein Ruth hat mich gezeigt alles Interessante — auch das Universitäts- und viele Studio. Es ist gut, daß Sie einander kennen — dann wird es schnell voll Bezaug.“

So rettete Grace die Situation und die Unterhaltung wurde allgemein. Für Ruth und Hans war eine gefährliche

Alippe umschiff. Sie vermieden beide, einander anzusehen und miteinander zu sprechen.

Gleich darauf ging man zu Tisch. Hans merkte sehr wohl, wie artig und liebenswürdig sich alle Hausbewohner Ruth gegenüber benahmen, und daß Mich Eund mehr einen freundschaftlichen Ton für sie hatte, als den einer Herrin ihrer Angehörigen gegenüber.

„Man wird wohl hier im Hause wissen, daß sie die künftige Majoratsherrin von Rainsberg ist und nur vorübergehend eine solche Stellung einnimmt. Es ist doch wohl nur eine Pause von ihr. Sicher hätte sie ihre Verpflichtungen lösen können und an Walters Stelle hätte ich keinesfalls beueidet,“ dachte er.

Wider Willen mußte er sich immer wieder mit Ruth beschäftigen in seinen Gedanken. Verstoßen blühte er immer wieder in ihr blaßes, sühes Gesicht. Welch einen tiefen Eindruck dieses Mädchen noch immer auf ihn machte.

Ruth wußte kaum, wo sie diese Stunde verbracht hatte. Als man vom Tische aufstand, atmete sie auf. Sie hoffte, sich unbemerkt entfernen zu können. Aber Mich Grace hielt sie fest. In einem an das Speisezimmer stoßenden Nebenraum wurde der Mokka serviert. Tante Rell zog sich heimlich zu einem Niderschen zurück, das sie unter allen Umständen nach Tisch halten mußte. Ruth mußte neben Grace aushalten. Diese hatte Ruth und Doktor von Rainsberg unausgesehrt verstoßen beobachtet. Und als sie jetzt Ruth neben sich auf den Pavan niedergezogen hatte, rief sie ungeniert Hans an ihre Seite.

„Kennen Sie Fräulein Ruth schon lange, Herr Doktor?“ fragte sie.

Er verneigte sich.

„Seit einigen Jahren schon mein gnädiges Fräulein.“

„Oh — und Sie haben zusammen in Gesellschaften gelant und gemacht Unterhaltungen, nicht wahr?“

Wieder verneigte sich Hans und sah an Ruth vorbei, die bei diesem Verhör Qualen ausstand.

„So ist es, mein gnädiges Fräulein.“

Ruth verschlang trampfhaft die Hände. So kalt und

erbarmungslos klang seine Stimme, daß sie froh bis ins Herz hinein.

„Oh — da werden Sie einander zu sagen haben, manw herlei. Vieles Fräulein Ruth — vielleicht wollen Sie für Ihre Frau Mutter mitgeben viele Grüße durch Herrn Doktor. Ich lasse Sie einige Minuten dafür allein,“ sagte Mich Grace und erhob sich schnell.

Ruth hätte sich am liebsten an Mich Grace angeklammert, um mit ihr davon zu eilen. Aber sie blieb sitzen wie gelähmt.

Ein bellommenes Schweigen herrschte zwischen den beiden Menschen. Endlich raffte sich Hans auf. Er fühlte, daß er etwas sagen mußte, wollte er nicht direkt ungezogen sein.

„Ich bin gern bereit, Ihrer Frau Mutter Grüße von Ihnen zu überbringen,“ sagte er steif und kalt.

Da richtete sie sich stolz empor. Nur ihm nicht merkt lassen, wie schwer er sie durch sein Verhalten verwundete.

„Ich will Sie nicht bemühen, Herr Doktor,“ erwiderte sie ebenso kühl, zwang sich, ihn mit einem kalten stolzen Blick anzusehen und erhob sich, um wenigstens für einige Minuten aus dem Zimmer zu schlüpfen.

Er sah ihr nach mit einem schmerzhaft grollenden Blick. Mich Grace beobachtete das. Sie hatte auch bemerkt, daß Ruth fluchtartig das Zimmer verließ. Da die Herren jetzt von Geschäften zu reden begannen, zog sich auch Grace zurück. Sie ging hinauf in die zweite Etage und wollte Ruth in ihrem Zimmer aufsuchen. Als sie an der Tür stand und gerade anknöpfen wollte, vernahm sie ein leises, wehes Schluchzen. Da ließ sie die erhobene Hand wieder sinken.

„Oh — habe ich doch recht gesehen! Zwischen Fräulein Ruth und das deutsche Doktor ist etwas. Wohl ein Fräulein mit einer Verstimmung? Arme Ruth — sie weint,“ Rauf muß sie lassen allein mit ihre Tränen,“ flüsterte sie und schlich davon.

Nach einer Weile schickte sie einen Diener zu Ruth und ließ ihr sagen, die Herren hätten Geschäfte zu erledigen und sie selbst wolle ein wenig ruhen. Ruth möge erst zum Tee wieder herunterkommen.

(Fortsetzung folgt.)

den in Frage kommenden Bezirksfeldwebel, sondern an das Kontrollamt Limburg (Lahn) zu richten. Die Auszahlung von Entlassungsgeldern, eventuell rückständigen Löhnen pp. erfolgt in Zukunft gemeindefreie und wird nach in den Amtsblättern durch besondere Bekanntmachung geregelt. Ueber die Auszahlung von Velleidungsküden folgt ebenfalls noch Bekanntmachung. Versorgungsansprüche können auf Zimmer 10 des Kontrollamts geltend gemacht werden.

Die Deutsche Demokratische Partei. Durch eine außerordentlich besuchte Versammlung eröffneten die Frauen der deutschen demokratischen Partei Limburg am 9. Dezember 1918 den Feldzug für die Wahlen zur Nationalversammlung. Der kleine Saal im „Preußischen Hof“ erwies sich als viel zu klein, um die herbeigeeilten Scharen der Frauen aufzunehmen, so daß auch der große Saal noch fast ganz von der beehrungsbereiten Menge gefüllt wurde. Die erwünschte Belehrung wurde ihr denn auch in reichem Maße zuteil, als nach Eröffnung der Versammlung durch Frau Justizrat Hill die Rednerin des Abends, Fräulein Dr. Anna Schulz, Leiterin der Rechtschutzstelle für Frauen in Frankfurt a. M., in ihrem etwa einstündigen klar durchdachten Vortrag von der Revolution ausging, die hier bei uns nicht allein von der Sozialdemokratie gemacht sei, sondern ihre tiefere Ursache habe und deren im wesentlichen ruhiger und unblutiger Verlauf ein Verdienst des deutschen Volkes sei. Es handle sich nunmehr um die Frage, ob die demokratische oder sozialistische Republik komme. Im Anschluß hieran erörterte sie in fesselnder, klar durchdachten Weise die Fragen der Bodenreform, der Aufhebung der Fideikommissionen, der Verkleinerung des Grundbesitzes, Wohnungsreform, die soziale Ausgestaltung des Arbeiter- und Angestelltenrechts, den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, besonders im Hinblick auf das Bevölkerungsproblem, Heberleitung der Reichswochenhilfe in die Friedenszeit, die Kinder- und Jugendfürsorgegesetzgebung, die Reform des Ehe- und Erbrechts, der Ausbau der Sozialhygiene; sie forderte gleiche Moral für Mann und Frau in der Gesetzgebung und gleichen Lohn für die gleiche Leistung, freie Bahn dem Tüchtigen, Einheitschule, Völkerverbund. Durch die Mitbeteiligung der Frau werde das verhängende Moment in die Politik hineingetragen, namentlich auch in die internationalen Beziehungen. Es komme jetzt vor allem auf die Organisation und auf geschlossenes Vorgehen an, damit die demokratische Republik, die wahre Demokratie, das heißt Führung des Volkes durch das Volk, komme. An den mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine sehr angeregte, von Frau Direktor Bedmann eröffnete Diskussion über Trennung von Staat und Kirche an, als deren Ergebnis Fräulein Dr. Schulz feststellte, daß die christlich demokratische Volkspartei (früher Zentrum genannt) im Sinne der Demokratie keine demokratische Partei sei, da sie einseitig die Interessen der katholischen Kirche vertrete, wie dies in klarer Weise aus den Eingangsreden im „Rass. Boten“ vom 9. d. Mts. hervorgehe. Der wohlgeleitete Verlauf der Versammlung hatte den Beitritt einer großen Anzahl von weiblichen Mitgliedern zur deutschen demokratischen Partei zur Folge. Der Rednerin sei auch an dieser Stelle für ihre herzerhebenden Ausführungen der aufrichtigste Dank gezollt. — Nach Abschluß vorstehenden Berichts kommt Einsender dieses der Berichterstattung über die „Rassauer Boten“ zu Gesicht. Wir können danach nur ein auffallend geringes Verständnis gegenüber den großen Gedanken der Rednerin und eine Unfähigkeit zu objektiver und Gehörigkeitsfreier Wiedergabe feststellen, wie wir sie von früheren Gelegenheiten bei unserer Segnung nicht anders gewöhnt sind.

Darmstadt, 10. Dez. (W.L.B.) Der heftige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat löst sich auf. Es wird an seiner Stelle der Volksrat für die Republik Hessen gebildet. Dieser Volksrat faßt sich auf alle Bevölkerungsschichten der Republik Hessen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Die 6 rühmlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte werden aufgefordert, sich aufzulösen und ihre Aufgaben dem neu zu bildenden Volksrat zu übertragen. Der heftige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat schließt sich dem an und konstituiert sich sofort neu als Volksrat.

Amtlicher Teil.

(Nr. 288 vom 12. Dezember 1918).

Bekanntmachung

Aber den Verkehr mit Saat- und Stedzwiebeln zu Saat- zwecken und deren Höchstpreise.

Auf Grund der §§ 4, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird unter Aufhebung der Bekanntmachung gleichen Inhalts vom 15. November 1917 (Reichsanzeiger 273) bestimmt:

§ 1. Im Gebiet des Deutschen Reichs dürfen Saat- und Stedzwiebeln zu Saatwecken nur gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen und Elsaß-Lothringen der Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst) abgesetzt werden. Die genannten Stellen erlassen die näheren Bestimmungen über die Saatkarte und über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

§ 2. Soweit inländische Saat- und Stedzwiebeln nach § 1 dieser Bekanntmachung zu Saatwecken gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgesetzt werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Maße je Zentner nicht überschritten werden:

Für Saatweiben bis 31. Dezember 1918 21 Mark, vom 1. Januar 1919 ab je Monat und Zentner 1 Mark mehr.
Für Stedzwiebeln: 1. längliche und ovale:
Größe I unter 1 1/2 Zentimeter Durchmesser 100 Mark,
Größe II 1 1/2 bis 2 Zentimeter Durchmesser 80 Mark,
Größe III 2 bis 2 1/2 Zentimeter Durchmesser 60 Mark.
2. plattrunde:
Größe I unter 2 Zentimeter Durchmesser 120 Mark,
Größe II 2 bis 2 1/2 Zentimeter Durchmesser 100 Mark,
Größe III 2 1/2 bis 3 Zentimeter Durchmesser 80 Mark.

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. November 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: v. Tills.

Staatssekretär Erzberger hat auf die nachfolgenden Fragen die beigefügten Antworten gegeben:

1. Frage: Dürfen erst nach Waffenstillstand entlassene Heeresangehörige, die nicht vor Kriegsausbruch im besetzten Gebiet anständig waren, hier bleiben?

1. Antwort: Ordnungsmäßig entlassene Wehrpflichtige, die während des Krieges im besetzten Gebiet anständig wurden oder deren Familien während

des Krieges dorthin verzogen sind, können hier bleiben.

2. Frage: Dürfen zwischen Kriegsausbruch und Waffenstillstand Eingewanderte ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthalts hierbleiben?

2. Antwort: Ja.

3. Frage: Dürfen Entlassene, darunter auch stets rekrutierte Angehörige, die nie Wehrdienst getan haben, hier bleiben, wenn sie erst nach dem Waffenstillstand zugezogen und hier beruflich tätig sind?

3. Antwort: Nein, mit Ausnahme von Beamten.

4. Frage: Können Nichtwehrpflichtige bleiben, die kurz vor oder nach dem Waffenstillstand zugezogen sind?

2. Antwort: Ja.

Wiesbaden, den 8. Dezember 1918.

D. R. 271. Der Demobilisationskommissar.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

Um den entlassenen Kriegsteilnehmern Arbeit und Verdienst zu schaffen, ist es dringend erforderlich, die in den letzten Jahren aus Mangel an Arbeitskräften vielfach unterlassenen Unterhaltungsarbeiten an Bächen, Gräben, Feldwegen, Ent- und Bewässerungsanlagen usw. baldigst zur Ausführung zu bringen, damit die Ertragsfähigkeit der Ländereien erhalten und gefördert wird.

Ich hoffe, daß die Gemeinden dieser Anregung gerne Folge leisten.

Der Kreiswiesmeister Schüller ist vom Militärdienst entlassen und hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Derselbe wird in der nächsten Zeit in sämtlichen Gemeinden eine Besichtigung vornehmen, wobei über die auszuführenden Arbeiten an Ort und Stelle verhandelt werden kann.

Um eine ordnungsmäßige Ausführung der Arbeiten zu gewährleisten, ist dem Kreiswiesmeister vor Beginn der Arbeiten Mitteilung zu machen, ebenso sind die gegenwärtig in Ausführung begriffenen Arbeiten demselben anzuzeigen. Bis zum 1. Januar 1919 ist zu berichten, in welchem Umfange derartige Arbeiten in der dortigen Gemeinde ausgeführt sind bzw. werden.

Limburg, den 6. Dezember 1918.

D. R. 2336. Der Landrat.

Bekanntmachung

Die Wiederwahl des Bürgermeisters Wilhelm Blauf aus Mühlbach für die Gemeinde Waldmannshausen auf weitere 8 Jahre, habe ich bestätigt.

Limburg, den 9. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Bekanntmachung

Betr. Schlägen von Delfsträcken.

Durch Erlaß des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes ist die Verarbeitung von Delfsträcken für Selbstverzeiger des Kreises Limburg auch in den Delfmühlen von Lorenz Stendebach in Montabaur und Albert Schneider in Gemünden (Kreis Westerburg) auf Grund ordnungsmäßig ausgefertigter Schlagscheine gestattet.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich um sofortige und wiederholte ortsübliche Bekanntmachung. Die Delfstragscheine können je nach Wunsch der Selbstverzeiger auf eine der neu zugelassenen Delfmühlen ausgestellt werden. Bei bereits ausgestellten und von hier abgestempelten Delfstragscheinen, kann, wenn der Landwirt es wünscht, eine Umschreibung von der Delfmühle Weil auf die von Lorenz Stendebach, Montabaur, oder Albert Schneider, Gemünden, ohne daß vorher mein Einverständnis eingeholt ist, vorgenommen werden. In diesem Falle ist die Abänderung von Ihnen zu bescheinigen.

Ist neu zur Ausfertigung kommenden Schlagscheine sind ebenso wie die übrigen noch im Umlauf befindlichen Scheine gesammelt, mit der von den Bürgermeistern zu führenden Listen hierher vorzulegen.

Limburg, den 4. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Diesemigen Herren Bürgermeister des Kreises, welche mit der Erledigung meiner Kreisblattverfügung vom 10. 9. d. Js., Kreisblatt Nr. 212, betreffend Einzeichnung eines Verzeichnisses über unbenuzt stehende Wohnungen oder Fehlanzeige, bis längstens zum 10. eines jeden Monats noch im Rückstande sind, werden um sofortige Erledigung ersucht.

Limburg, den 11. Dezember 1918.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betrifft: Versteigerung von Militärpferden.

Die durch den Waffenstillstand bedingte beschleunigte Demobilisierung der Truppenteile und die damit im Zusammenhang stehende Versteigerung von Pferden macht die Durchführung der früheren Anordnung des stellv. General-Landkommandos (vergl. meine Kreisblatt-Verfügung vom 28. November 1918, M. 3176) — Kreisblatt Nr. 277 —, betreffend die Ausgabe von roten (für bevorzugte) und weißen (nicht bevorzugte Steigerer) Pferdefarben, unmöglich. Die bereits gestellten formularmäßigen Anträge auf Zulassung zur Pferdeversteigerung werden also hiermit hinfällig. Auf die Einfindung der Anträge wird verzichtet. Soweit solche mir schon zugehandelt sind, werden sie Ihnen zurückgeschickt werden. Die Pferdebesitzer sind hiervon schleunigst in Kenntnis zu setzen mit dem Hinweis, daß sie mit dem von Ihnen auszufertigenden nachstehend vorgedruckten Ausweis jede Pferdeversteigerung besuchen können.

Zulassung zur Versteigerung von Militärpferden.

Dem (Stand, Beruf) in Kreis wird hiermit bescheinigt, daß er für seinen (Art des Betriebes) Betrieb dringend (Anzahl) Pferde benötigt.

Inhaber dieser Bescheinigung ist nicht Händler, was der Unterzeichnete ausdrücklich betont.

den 1918,

(Stempel) Der Bürgermeister.

Ohne vorstehende Bescheinigung wird niemand zur Versteigerung zugelassen.

Limburg, den 11. Dezember 1918.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Betr. Hauschlachtungen 1918/19.

Nach Anordnung des Landesfleischamtes müssen alle Hauschlachtungen bis spätestens 31. Dezember 1918 vorgenommen sein. Der letzte Termin zur Einreichung der Anträge auf Hauschlachtungen wird hiermit auf den 25. Dezember 1918 festgesetzt. Nach diesem Zeitpunkte eingehende Schlachtanträge können keine Berücksichtigung finden.

Sollte aus besonderen Gründen die Hauschlachtung inner halb dieser Zeit nicht stattfinden können, so ist rechtzeitig ein schriftlicher Antrag an den Kreisaußschuß einzureichen. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen der einzelnen Landwirte befindlichen schlachtfähigen Schweine, abgesehen von den Zusatzschweinen, welche vor wie nach weiterge-

halten werden können, müssen an den Viehhandelsverband zur Ablieferung kommen, wenn nicht Ausnahmen genehmigt wurden.

Die Herren Bürgermeister ersuche ich um sofortige ortsübliche Bekanntmachung.

Limburg, den 11. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

Vom Staatskommissar für das Wohnungsweesen sind Leitfäden für die bei der baupolizeilichen Genehmigung von Leihbauten zu stellenden Anforderungen während der Zeit der Uebergangswirtschaften in Orten, in denen Wohnungsbedarf besteht, herausgegeben worden.

Es handelt sich:

1. um Einfamilienbaracken (sog. Wohnlauben),
2. um Wohnbaracken für zwei und mehr Familien und
3. um Barackenlager.

Nähere Auskunft wird Interessenten hier auf dem Landratsamt, Zimmer Nr. 9 (Kreisbauamt) während der Vormittagsdienststunden erteilt.

Limburg, den 9. Dezember 1918.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Die Nachweisung der Handwerker, die an der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Metzgerhandwerk im Kreise Limburg teilgenommen haben, ist am 21. vor. Mts. von mir geschlossen worden. Sie liegt zur Einsicht und Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten in der Zeit vom 15. bis 28. d. Mts. einschließlich im Büro des hiesigen Landratsamts, Zimmer Nr. 3, während der Dienststunden offen. Nach dem 28. d. Mts. eingehende Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Limburg, den 9. Dezember 1918.

Der Landrat

als Kommissar des Herrn Regierungspräsidenten.

J. B. v. Borde, Regierungsassessor.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

In den nächsten Tagen wird Ihnen, ohne Anschriften das bestellte Werkchen Hartrodt, Grundzüge des Bezugscheinswesens, zur Verwendung als Nachschlagewerkchen bei den Bezugscheinstellen über Weib, Weib, Weib und Schuhwaren zugehen. Jedes Stück kostet einschließlich Porto 2,65 Mark. Ich ersuche ergebenst, den Betrag baldigst, jedoch längstens binnen acht Tagen post- und bestellgeldfrei an die hiesige Kreislohnkassette einzufenden; er kann dort auch während der Dienststunden (vormittags) eingezahlt werden.

Limburg, den 11. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Bekanntmachung

Das Garnisonkommando Limburg hat sich mit dem heutigen Tage aufgelöst. Etwasige Ersuchen sind an das neu errichtete Kontrollamt in Limburg zu richten.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich, dies in ihren Gemeinden auf ortsübliche Weise bekannt machen zu lassen.

Limburg, den 10. Dezember 1918.

Der Landrat.

Von den Steigern der dahier unter unserer Mitwirkung zur Versteigerung gelangenden Militärpferde wird eine Bescheinigung verlangt, daß die ersteigerten Pferde in eigenem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe Verwendung finden sollen. Händler sind von der Versteigerung ausgeschlossen. Es muß deshalb in der Bescheinigung noch ausdrücklich betont werden, daß der Inhaber einer solchen kein Händler ist.

Da es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist, daß sich Käufliebhaber aus Ihrem Kreise nicht genügend ausweisen konnten, möchten wir Sie bitten, die Ihnen unterstellten Bürgermeistereien anzuweisen, daß fragliche Bescheinigungen vorchriftsmäßig ausgestellt werden. Auf der Bescheinigung ist außerdem zu vermerken, wieviel Pferde der betreffende Steigerer für seinen Betrieb benötigt.

Gießen, den 9. Dezember 1918.

Bauernrat für den Kreis Gießen.

Veröffentlicht.

Limburg, den 11. Dezember 1918.

Der Landrat.

Bekämpfung der Sperlinge

1. An die Herren Landräte (Oberamtswärter).

Während die Meinungen über die Schädlichkeit oder Nützlichkeit der einzelnen Tiergattungen vielfach auseinandergehen, herrscht in fast allen Uebereinstimmung darüber, daß die Sperlinge, und zwar ebensowohl der Hausperling (passer domesticus), wie der Feldperling (passer montanus) ganz vorwiegend schädlich sind. Bei der großen Verbreitung dieser Vogelarten fällt der Schaden wirtschaftlich bedeutend ins Gewicht. Unter den jetzigen Ernährungsschwierigkeiten ist er um so empfindlicher. Als Maßnahmen zur Minderung der Sperlingsplage kommen zur Winterzeit besonders das Fangen der Sperlinge in den Ställen und das Schießen der sich nach Schneefall auf Schneefrei gemachten mit Futter bestreuten Plätzen: ansammelnden Sperlinge mit Vogelkorn in Betracht. Bei stärkerer Ralte pflegen sich Sperlinge in größerer Zahl in den Ställen einzufinden, wo sie dann leicht an die Fenster getrieben und gefangen werden können. Nach dem Ralte des Freiherrn von Berlepsch, Schloß Seebach, sollen möglichst nur die Weibchen, die bei den Hausperlingen leicht kenntlich sind, weggefangen werden, da dann die bereits ohnehin in Uebersahl befindlichen Männchen das Brutgeschäft noch mehr fördern werden, als es jetzt der Fall ist.

Wenn bei Schneelage die Sperlinge nach kleinen Schneefreie gemachten Plätzen durch Futter angelockt werden, können sie mit einem Schuh in größerer Anzahl erlegt werden. Als Nahrungsmittel kann vom Heuboden entnommener Unkraut samen dienen. Die Sperlinge stellen, besonders wenn der Abschuß zu Beginn des Winters geschieht, ein sehr schmackhaftes Nahrungsmittel dar, das sicher noch leichter, wie dies bereits bei Saatfrüchten geschieht, in den Ställen Abfall finden wird. Es empfiehlt sich, Hausierer hierfür zu interessieren. Bei der jetzigen Lage des Fleischmarktes ist auch der kleinste Gewinn willkommen.

Berlin W. 9, den 5. November 1918.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Geschäfts-Nr. I A II e 7523.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich, die Bekämpfung der Sperlinge in der von dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten angeregten Weise eifrig zu fördern. Hierbei dürfte sich die Gewährung von Abschlagsprämien seitens der einzelnen Gemeinden empfehlen.

Limburg, den 28. November 1918.

D. 2551.

Der Landrat.

